



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

C-r.: Vom deutschen Reichstag.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Mehrere Mitglieder erscheinen äußerst selten. Der Natur unsrer Gesellschaft nach ändert dies nicht nur nichts in ihren Rechten, sondern sie sind auch die wenigen Male, da sie erscheinen, nicht minder von den Uebrigen gern gesehen. —

Wer auf unbestimmte Zeit absagt, stimmt so lange bei keiner Stimmung mit, als er diese Unthätigkeit dauern läßt. — Wer sehr lange Zeit nicht erscheint, zu dem kommt der Bote nach Verlauf einer gewissen Zeit von selbst wieder. Doch Alles dieses seinen Rechten gänzlich unbeschadet.“

R. Forck.

Vom deutschen Reichstag.

Berlin, den 5. November 1876.

Bevor ich die Briefe vom Reichstag wieder aufnehme, muß ich wohl der Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus gedenken, die am 27. October vollzogen worden. Die Zahlenverhältnisse des neuen Hauses sind längst durch die Zeitungen beleuchtet und mit annähernder Genauigkeit festgestellt. Das vorige Haus zählte 68 Conservative, das neue ungefähr 73, da man die gewählten vier Minister doch den Conservativen zuzählen muß. Das alte Haus zählte 175 National-Liberale, das neue 180, mit denen in der Hauptsache wohl die 3 Angehörigen der ehemaligen „liberalen Reichspartei“ stimmen werden. Die Fortschrittspartei zählte im alten Hause 68 Mitglieder, im neuen Hause ebensoviele, wobei man jedoch bedenken muß, daß der Abgeordnete Löwe-Calbe mit ungefähr 7 seiner näheren Freunde streng genommen nicht mehr der Fortschrittspartei zuzurechnen ist. Endlich zählte das katholische Centrum im alten Hause 88 Mitglieder, im neuen 87, denen als unbedingte Opposition zuzuzählen sind 15 Polen und gegen 12 dänische und andere Separatisten. Die Gesamtzahl der Abgeordneten beträgt jetzt 433, die absolute Majorität mithin 217. Es brauchen also nur zu den 73 conservativen Stimmen 144 Stimmen der national-liberalen Partei zu treten, um die absolute Majorität zu ergeben. Es können also 30 und mehr Mitglieder der national-liberalen Partei mit der Opposition stimmen, und die Regierung kann immer noch die Majorität für sich haben. Erwägt man nun, daß diejenige Gruppe der national-liberalen Partei, welche sich am leichtesten zur Opposition entschließt, bisher immer nur einige Stimmen betragen hat, mit denen sie bei den früheren Zahlenverhältnissen öfters der Opposition die

Majorität zuführte, so sieht man, daß dieses Verhältniß jetzt verändert ist, und zwar verändert durch den zweifachen Umstand, daß einmal die Zahl der conservativen Stimmen gewachsen ist und daß ferner innerhalb der national-liberalen Partei der sogenannte rechte Flügel, wie es den Anschein hat, mehr gewachsen ist, als der linke. Man muß endlich noch den Umstand hinzunehmen, daß unter der conservativen Partei zwar noch Ungewißheit darüber herrscht, ob die verschiedenen Elemente derselben eine oder mehrere parlamentarische Gruppen bilden werden, aber keine Ungewißheit darüber, daß alle Conservativen fest der Regierung zur Seite stehen wollen. Unter diesen Umständen wird die Zuversicht der „Provinzial-Correspondenz“ erklärlich, welche am 1. November aussprach: Die Regierung dürfe hoffen, in dem neuen Abgeordneten Hause die Stütze einer festen Mehrheit aus conservativen und liberalen Elementen zu finden. Eine Voraussetzung ist freilich zu machen, ohne welche diese Zuversicht sich nicht bewähren könnte: die Voraussetzung nämlich, daß die große Mehrheit der national-liberalen Partei, oder wenn man den Ausdruck zulassen will, der an Zahl weit stärkere rechte Flügel derselben fortfährt, in derjenigen Haltung zu beharren, die er in der vorigen Legislatur-Periode eingenommen. Während des Wahlkampfes schien es, als werde die Zusammensetzung der Partei und damit auch die voraussichtliche Haltung ihrer Mehrheit sich verändern. Diese Möglichkeit, die zuweilen schon eine Wahrscheinlichkeit war, hat sich gleichwohl nicht erfüllt. Der Umstand, daß in vielen Wahlkreisen, welche der Fortschrittspartei angehörten, die national-liberalen Wähler fest zu den fortschrittlichen Candidaten standen, hat unstreitig dazu beigetragen, daß die Fortschrittspartei mit unverändertem Bestande aus dem Wahlkampf hervorgegangen. Dagegen hat sich die Befürchtung nicht bewahrheitet, daß das Aufstecken einer gemeinsamen Firma für fortschrittlich und national unter dem Namen „liberale Partei“ dazu dienen werde, der Fortschrittspartei neue Sitze zuzuführen. Der Versuch zur Ausbeutung der Firma in diesem Sinne ist gemacht worden, hat aber keine Früchte gebracht. Alles kommt nun darauf an, ob die Mehrheit der national-liberalen Partei an ihrer Spitze die sichere Leitung und in ihrer Mitte die geschlossene Einheit findet, um in den entscheidenden Fragen eine sichere Stütze der Regierung zu sein. Daß die Regierung recht wohl weiß, welche Partei oder vielmehr welcher Parteitheil in diesem Hause neben den Conservativen ihr zur Stütze dienen und dazu gewillt sein kann, darf nicht bezweifelt werden. Ebenso wenig, daß sie dieser ihrer Stütze alle erdenkbare Rücksicht zu schenken entschlossen ist. Die Dinge lassen sich sonach im Ganzen recht gut und hoffnungsvoll an. Denn was in den letzten Jahren, die an gesetzgeberischer Production so reich waren, zu Stande gekommen, das ist erreicht worden durch die Vereinigung des rechten Flügels der National-Liberalen mit den

conservativen Elementen des Abgeordnetenhauses oder des Reichstages. Die letzten Wahlen zum Abgeordnetenhaus scheinen doch der Ausdruck dafür zu sein, daß die große Mehrheit im Lande, und namentlich die Mehrheit der liberalen Wähler das Verhalten der national-liberalen Partei und insbesondere des rechten Flügels derselben vollkommen billigt. Es scheint also aller Grund vorhanden, daß die Partei grundsätzlich und mit bewußtem Bekenntniß fortfährt das zu thun, was sie in der letzten parlamentarischen Zeit anscheinend etwas wider ihren eigentlichen Willen, halb gezwungen und mit verdrießlicher Miene gethan.

Das Hauptblatt der national-liberalen Partei erklärte in der vergangenen Woche, indem es die Zuversicht der Provinzial-Correspondenz, daß die Regierung in dem neuen Abgeordnetenhaus eine feste Stütze aus conservativen und liberalen Elementen finden werde, billigte: es habe bisher weit mehr die Art der Behandlung wichtiger Fragen Anlaß zum Zwist gegeben, als der Geist, in welchem man von beiden Seiten den Dingen gegenübertrat. Nun, die richtige Art der Behandlung wird sich wohl endlich finden lassen. Daß dieselbe bisher zuweilen verfehlt worden, wen trifft eigentlich die Schuld? Wir denken, die Schuld kann nur in der Unsicherheit unserer parlamentarischen Sitten gefunden werden, die wir noch immer bemüht sind, nach fremden Mustern zu modeln, von denen wir doch wesentliche Theile weder annehmen wollen noch annehmen können.

Man sagt, die Regierung solle sich bei wichtigen Vorlagen mit den befreundeten Parteien vor der Einbringung verständigen. Soll nun der Minister-Präsident jeden der 180 national-liberalen Abgeordneten vor der Einbringung einer wichtigen Vorlage zu sich aufs Sopha laden und mit jedem die Sache durchsprechen? Wenn der Minister-Präsident oder der betreffende Fachminister den nöthigen Ocean von Zeit zur Verfügung hätte, so wäre die Sache immer noch nicht gebessert, denn die Hälfte der betreffenden Abgeordneten würde sich nicht bekehren lassen. Die Sache wäre sogar verschlimmert, denn die Unbekehrten würden unisono ausrufen: wir haben ja vorher gesagt, daß wir die Vorlage nicht wollen.

Man vergißt bei jener Forderung einer der parlamentarischen Berathung vorausgehenden Verständigung zwischen Ministerium und befreundeten Parteien, daß eine solche Verständigung zur Voraussetzung hat die monarchische Organisation der Parteien, wie sie in England im höchsten denkbaren Grade besteht. Keinem englischen Minister fällt es ein, sich mit allen Mitgliedern im einzelnen zu verständigen, auf deren Stimmen er zählt, und welcher Minister außer in Flachsensingen hätte auch die Zeit dazu? Ein englischer Minister verständigt sich mit den Parteihäuptern, und da er in der Regel selbst zu den Parteihäuptern gehört, so bedarf es einer Verständigung nur

innerhalb des Ministeriums, außerhalb desselben höchstens mit einzelnen angesehenen Mitgliedern, deren Autorität bei der gerade vorliegenden Frage etwa besonders in Betracht kommt. Am häufigsten erfolgt die Verständigung zwischen dem Ministerium und der ministeriellen Partei durch den sogenannten Einpeitscher — whipper in — durch welchen das Ministerium nicht etwa die Meinung der Partei einholt, sondern einfach die Meinung kund giebt, daß es bei der und der Gelegenheit auf den zahlreichen Beistand der Partei rechnet. In den meisten Fällen genügt es, daß der Führer der ministeriellen Partei, der eine Stellung im Ministerium einnehmen muß, die ihn nach dem technisch parlamentarischen Ausdruck zum Leiter des Unterhauses macht, sich erhebt, um zu bewirken, daß die Partei ihm folgt. Zuweilen, aber äußerst selten kommt es vor, daß der Parteiführer die älteren und angeseheneren Parteimitglieder zu einer vertraulichen Mittheilung zusammenruft und die Meinung der Mitglieder anhört. Aber niemals, auch bei diesen Gelegenheiten nicht, macht sich der Führer zum Instrument der Partei. Kann er die Partei, d. h. die angesehenen Mitglieder derselben nicht für seine Meinung gewinnen, so kann es vorkommen, daß er die Führerstellung niederlegt, er kann auch einmal einen Plan aufgeben oder vertagen, aber er wird sich nie zum ausführenden Strategen eines zufälligen Mehrheitsbeschlusses machen, der in einem anderen als seinem Haupte entsprungen. Was die Jüngeren, d. h. die noch nicht auf eine lange parlamentarische Praxis und parlamentarische Verdienste sich stützenden Parteimitglieder betrifft, also die Mehrzahl der Partei, so sind sie, um die Ziele der Parteipolitik kennen zu lernen, auf das angewiesen, was sie in den Theegesellschaften aufschnappen: *On gathers it from the tea-rooms.* —

Wir hegen auch nicht im allermindesten den Wunsch, die parlamentarischen Sitten Englands mit ihren Voraussetzungen und Folgen bei uns einzubürgern. Eine englische parlamentarische Partei ist einfach eine Coterie, wir wollen nicht sagen, zur Ausbeutung des Staates aber doch zur Besetzung der Regierungsgewalt; eine Coterie, von welcher der größere Theil Stimmsoldaten für den Lohn einer Regierungsversorgung sind, ein ganz kleiner Theil nur gouvernementale Talente, die mit der Befriedigung ihres Talentes allerdings dem Besten des Staates dienen, weil sie ohne das sich nicht in der Regierung behaupten und nicht wieder zur Regierung gelangen könnten. Eine deutsche Partei ist ein himmelweit verschiedenes Ding. Eine deutsche Partei ist eine Vereinigung grundrechtlicher Männer, von denen aber auch jeder sein ganzes Gewissen bis auf den letzten Bodensatz aller Tugenden, Launen und Vorurtheile in der Partei zur Geltung bringen will. Daher das in England unbekannte Berathen der Fraktionen. Mit einer solchen Partei kann man sich eben nur in einer großen öffentlichen Berathung verständigen, wodurch immer wieder die Aufgabe sich erneuert, die Partei zusammenzuhalten. Was hülfte es, wenn der

Minister-Präsident mit v. Bennigsen oder mit Kaiser Rücksprache genommen hätte? Diese hervorragenden Abgeordneten werden stets in der Lage sein, wenn sie ihren individuellen Beistand zusichern, den Beistand ihrer Partengenossen von dem erst zu ermittelnden Willen derselben abhängig zu erklären. Der Hauptcharakterzug der deutschen Parteien, von denen einzig die liberale Partei auszunehmen, ist, eine Genossenschaft, durch Grundsätze und Gesinnungen verwandt, aber ohne Führer zu sein. Mit solchen Parteien ist ein für alle Mal keine vertrauliche Verständigung möglich. Die allein mögliche Verständigung findet sich auf dem Wege der öffentlichen Berathung. Das sollten wir endlich in Deutschland begreifen und nicht englische Sitten verlangen, in deren Voraussetzungen bei uns kein Mensch sich schicken würde, wenn es überhaupt anginge, einen ernstlichen Versuch damit anzustellen. —

Der am 30. Oktober eröffnete Reichstag hat in der vergangenen Woche vier Sitzungen gehalten. Die Thronrede enthält den erwarteten Satz über die auswärtige Politik und enthält ihn so, wie ihn die politische Urtheilskundigen ebenfalls erwartet hatten. Einen Anlaß zur Erörterung der auswärtigen Politik an dieser Stelle habe ich aus dem Satze nicht zu entnehmen, da ich hier dem Beispiel des Reichstags zu folgen habe. Es ist eine unserer besten Eigenthümlichkeiten, daß unsere noch junge parlamentarische Tradition darauf hinweist, die Erörterung der auswärtigen Politik nach Möglichkeit zu vermeiden. Um einige gewundene und nichtsagende Phrasen vom Ministertisch zu erpressen, wird in anderen Parlamenten durch solche Erörterungen nicht selten das Interesse des Landes gefährdet.

Daß in den beiden ersten Sitzungen der Session der Reichstag wieder nicht beschlußfähig war, soll heute ebenfalls keinen Anlaß geben, die schädliche Pedanterie der hohen Beschlußfähigkeitsziffer unserer Parlamente auf die Neue zu tadeln. Die Sache wird doch einmal zur eingehenden Erörterung kommen müssen, aber nicht in dieser Session. Auch der Umstand, daß der bisherige zweite Vicepräsident, Herr Hänel, nicht mit seinen Collegen wiedergewählt worden, soll nur berührt werden, da die Angelegenheit lediglich einen persönlichen Charakter gehabt hat. Seltsam ist dabei nur, daß die national-liberale Partei lieber das ganze Präsidium aus ihrer Mitte besetzen wollte, als ein Mitglied der konservativen Partei betheiligen. So groß ist die Furcht vor dem Anschein einer Schwenkung nach rechts, gegen den man sich doch eben durch die Wahlbrüderschaft mit der Fortschrittspartei hinlänglich gewahrt haben sollte.

Hoffen wir, daß trotz alledem das große Werk der Session, die Vereinbarung der Justizgesetze, dadurch gelingt, daß die national-liberale Partei zusammen mit der konservativen Seite für die Annahme der auf wenige Punkte beschränkten Regierungsforderungen eintritt. Die national-liberale Fraktion

des Reichstages wird damit in dem Geiste handeln, in welchem die preussischen Wähler soeben die Wahlen zu ihrem Abgeordnetenhaus vollzogen haben. Eine solche Haltung wird es erleichtern, daß die Reichstagswahlen in demselben Sinn ausfallen, und die Uebereinstimmung der parlamentarischen Hauptkörper Deutschlands wird dadurch wiederum ermöglicht sein. Die hergestellte Einheit des Gerichtsverfahrens aber wird ein Gewinn sein, welchen die deutsche Nation nicht aufhören wird, seinen Schöpfern zu danken.

C — r.

Literatur.

Frankreich und England in Nordamerika von Franz Parkman.

1. Bd. Die Pioniere Frankreichs in der Neuen Welt. 2. Bd. Das Ancien Régime in Canada. Stuttgart, Verlag von A. B. Neuberach. 1876.

Der amerikanische Geschichtsschreiber Parkman hat sich die Aufgabe gestellt, die Kämpfe zu schildern, welche Frankreich gegen England, mit andern Worten, welche die absolutistische Monarchie, der Feudalismus und Romanismus gegen die Republik, die Demokratie und den Protestantismus in Nordamerika um die Oberherrschaft geführt haben. Er hat diese Aufgabe in fünf Werken verfolgt, die sich chronologisch in nachstehender Weise aneinanderreihen: „Die Pioniere Frankreichs in der Neuen Welt“ — „Die Jesuiten in Nordamerika“ — „Das Ancien Régime in Canada“ — „Die Entdeckung des großen Westens“ und „Die Verschwörung Pontacs.“ In den „Pionieren“ schildert der Verfasser die Entdeckung und erste Colonisirung Canadas durch die Franzosen und die rüstige Thätigkeit und den furchtlosen Heldensinn Champlains und seiner Gefährten, wie sie in hartem Kampfe mit allerlei Mühen, Entbehrungen und Gefahren den irokesischen Wilden das Land abringen, wie sie Quebec und Montreal gründen und tief in das Indianergebiet vordringen, und wie sie endlich das sauer Er kämpfte den Jesuiten überlassen, die es zu einer Theokratie gestalten. Im „Ancien Régime“ führt er uns die Besitzergreifung der jungen Colonie durch den aufstrebenden Absolutismus Ludwigs des Vierzehnten vor, welcher die Jesuiten als Werkzeuge für seine politischen Pläne zu benutzen wähnt, während er in Wirklichkeit von ihnen nur vorgeschoben und ausgebeutet wird. Die Ausgangspunkte und Stützen der bourbonischen Politik des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts lassen sich in Canadas Wildnissen viel leichter erkennen als in Europa. Ursache und Wirkung arbeiten